

Vollgeldinitiative:

Mehr Geld fürs Geld?

Am 10. Juni stimmen die Schweizerinnen und Schweizer unter anderem über die Vollgeldinitiative ab. Diese verlangt, dass nur noch die Schweizerische Nationalbank (SNB) Geld schöpfen darf, die anderen Banken nicht mehr. Der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Initiative. Im Interview erklärt er, warum Vollgeld das Geld der Menschen sicherer macht.

Interview: Christine Schnapp

Peter Ulrich, was bringt die Initiative einer Privatperson für Vorteile?

Das Ziel der Initiative ist es, Kundengelder zu sichern statt Banken zu retten. Die Initiative sorgt in erster Linie dafür, dass selbst im Fall einer Finanzkrise, die mit Sicherheit irgendwann kommt, die Gelder auf den Zahlungskonten der Menschen und der Firmen gesichert sind. Es geht dabei um etwa das doppelte Volumen der Spargelder. Der gesamte Zahlungsverkehr und damit die Realwirtschaft könnten weiter funktionieren, auch wenn die Finanzmärkte zusammenbrechen würden.

Und welche Auswirkungen hätte sie auf die gesamte Volkswirtschaft?

Tendenziell würde auch die Stabilität der Banken erhöht, weil sie sorgfältiger mit der Liquidität umgehen müssten. Jeder Kredit müsste vollständig vorfinanziert werden. Zudem würde der Schweizerfranken noch mehr als heute zur weltweit sichersten Währung, weil man nur in Schweizerfranken Bankkonten haben könnte, die absolut sicher sind. Die weltweite Vermögensverwaltung würde also vermehrt in Schweizerfranken diversifizieren. Das käme dem Bestreben entgegen, das die Schweizer Banken seit der Finanzkrise verfolgen, nämlich die riskanten Geschäfte im Investmentbanking abzubauen und mehr auf die Vermögensverwaltung zu fokussieren. Dafür bildet Vollgeld einen gewichtigen Standortvorteil.

Nicht alle Banken wollen komplett aufs Investmentbanking verzichten.

Skeptiker sagen natürlich, dass andere Bankgeschäfte vor allem im Investmentbanking tendenziell aus der Schweiz abwandern, weil das Spekulieren auf Finanzmärkten mit dem Schweizerfranken weniger attraktiv wäre, wenn er vollständig gedeckt sein müsste. Aber das kann man ja auch begrüßen, dass diese Geschäfte eingedämmt würden, denn es wäre ein Beitrag

zur Finanzstabilisierung in der Schweiz. Die Auswirkungen auf den Kurs des Schweizerfrankens würden sich ungefähr die Waage halten. Auf der einen Seite würde die Zunahme der Vermögensverwaltung eher zu einer Aufwertung des Frankens führen und auf der anderen flüchtet ein Teil des Investmentbankings aus dem Franken, was umgekehrt eine Abwertung bewirkt.

Warum lehnt die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Initiative ab?

Thomas Jordan ist und bleibt ein Banker. In Interviews sprach er von der SNB als der Bank der Banken. Das meint er zwar in einem technischen Sinne, trotzdem schwingt mit, dass er sich vor allem den Banken gegenüber verpflichtet fühlt und nicht den Bürgern. Es geht ihm um die Geschäftsmöglichkeiten der Banken, die er durch die Initiative gefährdet sieht, und nicht um die Sicherheit der Kundengelder.

Ist die Buchgeldschöpfung quantitativ aus dem Ruder gelaufen?

Buchgeld wächst auch in der Schweiz schneller als die Realwirtschaft, das Bruttoinlandprodukt. Damit wächst in der Schweiz, die die Schuldenbremse kennt, zwar nicht die Staatsverschuldung, aber die privaten Schulden werden mehr. Buchgeld ist immer Schuldgeld.

Ist Buchgeld mitverantwortlich dafür, dass so viele Staaten überschuldet sind?

Viele Staaten mussten sich nach der Finanzkrise stark verschulden, um ihre Banken zu retten. Somit ist das Buchgeld, das die Finanzkrise ausgelöst hat, mitverantwortlich für die Staatsverschuldung.

Ist die Schaffung von Buchgeld nicht reguliert?

Doch, aber diese Regulierung ist beschränkt. Es gibt die Mindestreserven, die die Banken bei der SNB haben müssen, das sind in der Schweiz 2,5 Prozent. Sie können also sehr viel mehr Buchgeld schaffen, als sie effektiv gedeckt haben müssen. Und es gibt die Eigenkapitalquote, die ist heute bei etwa 5 Prozent. Erklärte politische Absicht ist es, diese auf etwa 10 Prozent zu erhöhen. Aber auch eine Bank mit einer Eigenkapitalquote von 20 Prozent kann Konkurs gehen.

Grossbanken verhalten sich ethisch fragwürdig, wenn sie spekulieren, Verluste machen und dann mit öffentlichem Geld gerettet werden müssen.

Würde Vollgeld an diesem ewigen Teufelskreis etwas ändern?

Dass es wieder zu einer Finanzkrise kommen wird, kann in einer kapitalistischen Marktwirtschaft kein Rezept dieser Welt verhindern. Aber die Auswirkungen wären erheblich weniger schlimm, weil die Bürger und die Firmen liquid bleiben. Der entscheidende Unterschied ist, dass eine nächste Finanzkrise in der Schweiz «nur» eine Finanzkrise wäre und nicht mehr voll auf die Realwirtschaft

durchschlagen würde. Die Banken könnten sich zudem wieder vermehrt als Dienstleister für die schweizerische Volkswirtschaft statt als internationale Finanzjongleure verstehen.

Viele Banken sagen, mit ihrer Art der Kreditvergabe (durch Geldschöpfung) würden sie KMUs und die gesamte Wirtschaft am Laufen halten. Wäre das mit Vollgeld nicht mehr im heutigen Masse möglich?

Im Kreditbereich würde sich nicht viel ändern. Ordnungspolitisch wäre die klare Arbeitsteilung sichergestellt, dass die SNB für die Geldpolitik zuständig ist und die privaten Banken fürs Kreditgeschäft. Der Vorwurf, die Vollgeldinitiative habe eine Verstaatlichung der Banken zur Folge, ist nichtig. Das einzige, was sich ändern würde, wäre die Refinanzierung der vergebenen Kredite. Aber renditesuchendes Geld, das die Banken mit attraktiven Sparzinsen anziehen können, ist in der Schweiz genug vorhanden.

Reichen die Massnahmen, die seit der Finanzkrise im Finanzsystem eingeleitet wurden, nicht, um die Grossbanken stabiler zu machen?

Bei weitem nicht. Zum einen sind die Eigenkapital- und Liquiditätsanforderung zu schonend. Zum anderen kann man davon ausgehen, dass die nächste Finanzkrise nicht wegen des Zusammenbruchs einer einzelnen Bank ausgelöst wird, sondern wegen eines Umstandes, den man im Moment noch nicht im Auge hat, zum Beispiel in den sogenannten Schattenbanken, bei den riesigen amerikanischen Kreditkartenschulden oder wo auch immer.

Ist die SNB eigentlich genügend gut kontrolliert, oder wie kann es sein, dass sie derart klima- und menschenrechtsunfreundlich Geld anlegt?

Die Denkweise in der Führungscrew der SNB ist heute schmalspurig. Das sind Finanzleute, die alle gleich denken und für Menschenrechte und dergleichen kein Bewusstsein haben. Das Direktorium der SNB müsste viel breiter aufgestellt sein, sodass verschiedene Perspektiven einfließen können. Und der Verwaltungsrat bräuchte mehr strategische Kompetenz, immerhin ist die SNB eine Aktiengesellschaft.

Zur Person

Prof. Dr. Peter Ulrich ist emeritierter Ordinarius für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Nach Stationen als Unternehmensberater in Zürich und Professor für BWL in Wuppertal hatte er in St. Gallen ab 1987 den ersten Lehrstuhl der jungen Interdisziplin an einer deutschsprachigen Wirtschaftsfakultät inne und entwickelte das in mehreren Sprachen vorliegende Buch «Integrative Wirtschaftsethik».